

INHALT

Bildung

Die Koalition stellt für Kitas und Schulen 186 Millionen Euro mehr bereit. **S. 2/3**

Cannabis

Neue Grenzwerte sollen Cannabis-Konsumierende de facto entkriminalisieren. **S. 4**

Die BremerInnen entscheiden

Am 24. September stimmen die BürgerInnen darüber ab, ob die Bremer Landesregierung künftig wie in allen anderen Bundesländern alle fünf statt vier Jahre gewählt wird. Für den Volksentscheid gibt die Grünen-Fraktion keine Empfehlung ab. „Es gibt respektable Gründe für und auch gegen eine Verlängerung der Wahlperiode. Die BürgerInnen haben das letzte Wort“, so Fraktionsvorsitzende Maike Schaefer. Für fünf Jahre sprechen z.B. mehr Zeit für die inhaltliche Arbeit und geringere Kosten. Dagegen spricht u.a., dass die BürgerInnen seltener über die politische Richtung abstimmen können.

Uni-Karriere besser planbar



Die Koalition verbessert insbesondere für den akademischen Mittelbau die Beschäftigungsbedingungen an den Hochschulen. So steht wissenschaftlichen MitarbeiterInnen fortan mehr Zeit für ihre Weiterqualifikation zur Verfügung. Sie haben Anspruch darauf, mindestens ein Drittel ihrer Arbeitszeit dafür zu verwenden. Auch wird die Karriere planbarer. Künftig soll frühzeitig vor dem Auslaufen von Verträgen über eine mögliche Verlängerung entschieden werden. Geregelt sind jetzt auch sogenannte ‚Tenure Tracks‘ – dadurch können JuniorprofessorInnen nach einer befristeten Bewährungszeit eine

Lebenszeitprofessur an der eigenen Hochschule erhalten. Das sind drei Kernpunkte der jüngsten Hochschulgesetz-Novelle, die die Bremische Bürgerschaft beschlossen hat. Diese Gesetzesänderung schafft gerade für jüngere WissenschaftlerInnen mehr Verlässlichkeit, unterstreicht die wissenschaftspolitische Sprecherin Henrike Müller: „Wir haben mit der Gesetzesnovelle die Grundlage für gute Beschäftigungsbedingungen an den Hochschulen im Land Bremen geschaffen. Die Zeiten der ‚kreativen‘ Beschäftigungsformen mit Viertel-Stellen und Halbjahresverträgen müssen jetzt der Vergangenheit angehören.“



186 Millionen mehr für Kitas und Schulen

Die Koalition stärkt den Bildungsbereich deutlich: Für Kitas und Schulen stehen in den Haushalten 2018/19 insgesamt 186 Millionen Euro zusätzlich

bereit. Dafür hatte sich die Grünen-Fraktion während der Haushaltsberatungen des Senats mit einem einstimmigen Beschluss eingesetzt. Mit den zusätzlichen Mitteln sollen der Ausbau von Kitas und Schu-

len beschleunigt, neue Ganztags-schulen schneller eingerichtet, die Inklusion gestärkt sowie die Schul-sozialarbeit und Sprachförderung ausgeweitet werden. Darüber hinaus kommen die Mittel insbesondere

auch Kitas und Schulen in sozialen Brennpunkten zugute, die viele Kinder mit Sprach- und Entwicklungsdefiziten haben. Dort sollen z.B. die Lehrkräfte pro Woche zwei Stunden weniger unterrichten müssen. Dadurch erhalten sie mehr Zeit für die Aufgaben, die dort zusätzlich zum Unterricht anfallen – z.B. Fallkonferenzen. Um den Unterricht weiter

im vollen Umfang zu sichern, müssen diese Schulen zusätzliche LehrerInnen erhalten. „Die Kitas und Schulen in sozial schwierigen Quartieren erhalten die dringend benötigte Unterstützung. Angesichts der großen Probleme, mit denen sie täglich zu kämpfen haben, muss dort jetzt

„**Kitas und Schulen erhalten die benötigte Unterstützung.**“

Matthias Güldner

investiert werden. Sonst wird der Schaden für die Gesellschaft viel zu groß. Bildung von Anfang an ist das wirksamste Mittel, um Kindern den Weg aus der Armut zu eröffnen. Wir werden bei den anstehenden Haushaltsberatungen im Parlament genau darauf achten, dass das Geld dort ankommt, wo es benötigt wird“, betont der bildungspolitische Sprecher Matthias Güldner.

Auch der haushaltspolitische Sprecher Björn Fecker hält den Kraftakt für Bildung trotz der beiden schwierigsten Jahre auf dem Weg zum konsolidierten Haushalt für richtig: „Das ist gut investiertes Geld für die Bildungschancen der Kinder. Selbstverständlich muss das aber gegenfinanziert werden, um die Konsolidierungsvereinbarung einzuhalten und Bremen die jährlichen Hilfen von 300 Millionen Euro zu sichern. CDU und FDP verheddern sich in völliger Widersprüchlichkeit, wenn sie diese immense Investiti-

on in Bildung jetzt kritisieren. Das Geld fällt nicht einfach vom Himmel. Eine maximal auf zwei Jahre befristete Erhöhung der Gewerbesteuer ist vertretbar. Schließlich ist für den Wirtschaftsstandort eine gute Bildung und Kinderbetreuung ebenso wichtig wie die Brückensanierungen, die Erschließung weiterer Gewerbeflächen und die Instandhaltung der

Häfen, wofür im Haushalt auch zusätzliche Mittel veranschlagt werden.“

Neben Investitionen in Bildung und den Wirtschaftsstandort sind in den Haushalten 2018/19 weitere Zusatzausgaben vorgesehen. So ist für die Sanierung von Spielplätzen eine Million Euro eingeplant. Um die BürgerInnen von Behördengängen zu entlasten, wird das Online-Angebot der Verwaltung ausgebaut. Dafür stehen 20 Millionen Euro jährlich zur Verfügung. Nicht zuletzt sagt die Stadt der Vermüllung den Kampf an. Dafür werden 500 weitere Mülleimer aufgestellt und die Kontrollen durch den neuen Ordnungsdienst erhöht. Kosten: 15 Millionen Euro pro Jahr.

„Das Projekt ‚Saubere Stadt‘ soll endlich die Vermüllung in den Quartieren bekämpfen, die Verursacher belangen und damit für mehr Lebensqualität im ganzen Stadtgebiet sorgen“, unterstreicht Björn Fecker.

Der Fraktionsbeschluss online hier: www.gruene-fraktion-bremen.de



Kiffen weitgehend straffrei machen

Die Grünen-Fraktion will Cannabis-Eigengebrauch de facto entkriminalisieren und zugleich die Prävention für Jugendliche stärken.

Die Grünen-Fraktion will Cannabis-KonsumentInnen weitgehend entkriminalisieren. Dafür sollen der Erwerb und Besitz von Cannabis zum Eigengebrauch künftig bis zu einer Menge von 15 Gramm grundsätzlich straffrei

bleiben. Ebenso

soll der An-

bau von

bis zu vier

Hanf-

pflan-

zen zu

Hause

toleriert

werden.

Das sieht

ein Antrag

vor, mit dem die

Fraktion die Mög-

lichkeiten für eine liberale

Cannabis-Politik auf Landesebene

ausschöpfen will. Zwar bleiben mit

diesen Regelungen der Besitz und

Anbau von Cannabis aufgrund der

Bundesgesetzgebung illegal, die

Staatsanwaltschaft kann aber bis zu

den in Landeshoheit festgelegten

Grenzwerten von einer strafrecht-

lichen Verfolgung absehen. Bei

Jugendlichen, die mit Cannabis er-

wischt werden, soll das Strafverfah-

ren erst nach der Teilnahme an den

Angeboten der ambulanten Drogen-

hilfe eingestellt werden. Der Antrag

sieht vor, in Bremen ein passgenaues Präventionsangebot zur Frühintervention bei jugendlichen KifferInnen zu entwickeln.

„Die strikte Verbotspolitik hält die Menschen nicht vom Kiffen ab. Die

Kriminalisierung der

Konsumierenden

erschwert aber

die Präventi-

on und den

Gesund-

heits-

schutz.

Auf dem

Schwarz-

markt

bleibt für

Konsumie-

rende unklar,

welche Wirk-

stoffkombination

und schädigende Beimi-

schungen sie da erhalten. Dort gibt

es weder Gesundheits- noch Jugend-

schutz. Das Verbot nützt nur dem

organisierten Verbrechen. Oberstes

Ziel muss die Austrocknung des

Schwarzmarkts sein. Daher wollen

wir den Anbau von Cannabis zum

Eigengebrauch ermöglichen. Diese

Initiative entkriminalisiert de facto

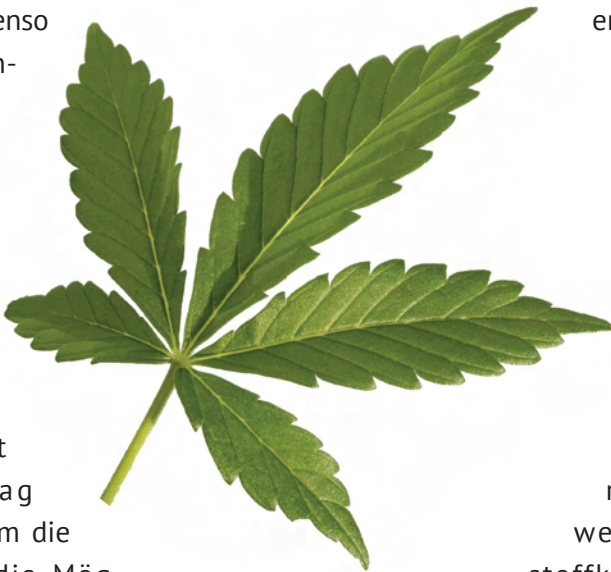
viele BremerInnen und entlastet die

Justiz. Zugleich muss die Prävention

für Jugendliche gestärkt werden“,

so die gesundheitspolitische Spre-

cherin Kirsten Kappert-Gonthier.



Ehrenamtliche entlasten

Die Grünen-Fraktion will gemeinnützige Vereine steuerlich entlasten. Dafür soll die Freigrenze für Vereine um 5000 auf 40.000 Euro im Bereich des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs angehoben werden. Dazu zählen u.a. der Essens- und Getränkeverkauf oder auch gesellige Veranstaltungen mit Eintritt. Für die Erhöhung der Freigrenze soll sich der Senat auf Bundesebene einsetzen. Allein im Land Bremen würde das 430 Sportvereine, aber auch Elternvereine und weiteren gemeinnützigen Organisationen zugutekommen. „Wir wollen gemeinnützige Vereine von Bürokratie entlasten und das Ehrenamt stärken“, betont der finanzpolitische Sprecher Björn Fecker.

Impressum



Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20, 28195 Bremen

Tel.: 0421 / 3011-0

E-Mail: fraktion@gruene-bremen.de

ViSdP: Matthias Makosch

Texte: Matthias Makosch

Fotos: Elisa Meyer, iStockphoto

Druck: Geffken & Köllner, Bremen